

Zettelwirtschaft soll enden

Bremen. Die vielfach beklagte Zettelwirtschaft, um Ergebnisse von Coronatests zwischen Laboren, den Corona-Ambulanzen, Gesundheitsämtern und Arztpraxen zu übermitteln, soll schon bald enden. Das hat jetzt das Gesundheitsressort in der Antwort auf eine Anfrage der CDU-Fraktion mitgeteilt.

Hauptgrund des Papierkrieges ist die bislang ausschließlich per Fax erfolgte Datenübermittlung. Dabei müssen Patienten- und Labordaten im Gesundheitsamt jeweils händisch mit hohem Personaleinsatz zusammengeführt werden. Schon seit 2014 arbeitet das Robert-Koch-Institut dafür eigentlich am Deutschen Elektronischen Melde- und Informationssystem, kurz: Demis. Es soll als internetbasierte Plattform das Fax ablösen, steht aber nach dem jüngst überarbeiteten Infektionsschutzgesetz frühestens ab 2021 flächendeckend bereit. Bremen hat darum jetzt das Unternehmen Governikus beauftragt, kurzfristig Bremsis auf den Weg zu bringen. Das Bremer Elektronische Melde- und Informationssystem für den Infektionsschutz soll bereits in den nächsten Wochen dafür sorgen, das Melde- und Laborbögen in einer Datenbank lokal im Gesundheitsamt zusammenfließen können. Die notwendigen Daten können Corona-Ambulanzen und Labore direkt per Internet übermitteln. Das System orientiert sich am geplanten Demis, um sich später nahtlos darin einfügen zu können. Auch die Gesundheitsämter und Corona-Ambulanzen in Bremerhaven sowie in den benachbarten Landkreisen sollen mit Blick auf das regionale Infektionsgeschehen nach und nach an das neue System angebunden werden. TTM

NOTDIENSTE

ÄRZTLICHE NOTDIENSTE

Ärztlicher Bereitschaftsdienst der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen, 15 Uhr bis morgen 7 Uhr, im Krankenhaus St.-Joseph-Stift, Schubertstraße, Eingang Notaufnahme, © 116 117

Kinder- und Jugendärztlicher Bereitschaftsdienst der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen, Bereitschaft von 15 bis 23 Uhr, in der Prof.-Hess-Kinderklinik, Friedrich-Karl-Str. 68, © 3 40 44 44

Zahnärztlicher Notfalldienst Bremen-Stadt und Bremen-Nord, Behandlungszeit von 21 bis 23 Uhr, © 122 33

TIERÄRZTLICHER NOTDIENST

Notdienst der Tierärztekammer Bremen, 20 bis 8 Uhr, © 122 11

APOTHEKEN-NOTDIENSTE

Engel-Apotheke, 9 Uhr bis morgen 9 Uhr, St.-Gotthard-Str. 33a, © 4 09 34 00

Hohentor-Apotheke, 9 Uhr bis morgen 9 Uhr, Langemarckstr. 183, © 8 09 32 12

Kranich-Apotheke, 9 Uhr bis morgen 9 Uhr, Gröpelinger Heerstr. 190/192, © 61 30 46

Ring-Apotheke, 9 Uhr bis morgen 9 Uhr, Schwachhauser Heerstr. 124, © 34 36 86

TELEFON-NOTHILFE

AA Anonyme Alkoholiker, Hilfe für Menschen mit Alkoholproblemen, Geeren 24, © 45 45 85

Al-Anon Bremen-Stadt, Familiengruppen für Angehörige und Freunde von Alkoholikern, © 45 45 62

Frühberatungsstelle Mitte des DRK, 10 bis 14 Uhr, Faulenstr. 20/22, © 01 72 / 190 90 02

Giftinformationszentrum Nord (GIZ), bundesweit, © 05 51 / 192 40

Guttempler in Bremen e. V., Hilfe bei Alkoholproblemen, © 3 96 13 94

Kommunales Kinder- und Jugendschutztelefon, Tag und Nacht zu erreichen, © 6 99 11 33

Kreuzbund, vertrauliche Hilfe bei Suchtproblemen (Alkohol- und Medikamentenmissbrauch) für Betroffene und Angehörige, Osterfeuerberger Ring 7-9, © 3 80 90 35



Mit einer erneuerten Teststrategie wird die Corona-Ambulanz in den Messehallen wieder mehr Arbeit bekommen.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Tests werden ausgeweitet

Senat beschließt neue Strategie mit Stichproben in Schulen und Kindergärten

VON TIMO THALMANN

Bremen. Bremen will die Zahl der Coronatests deutlich erhöhen. Das ergibt sich aus der am Dienstag vom Senat beschlossenen Teststrategie, die Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard (Linke) vorgestellt hat. Der Beschluss sieht mehr präventive Tests als bislang vor. So sollen vor allem Personen ohne Symptome im Umfeld von Erkrankungen verstärkt getestet werden können.

Speziell Gemeinschaftseinrichtungen wie Pflegeheime, aber auch Schulen und Kindergärten habe man dabei im Blick, sagte die Senatorin. „Wir haben in diesem Bereich aber auch bislang schon über die Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts hinaus vorbeugend getestet“, erläuterte sie die Strategie in der Sitzung der Gesundheitsdeputation am Dienstag. Insofern sei das kein neues Vorgehen, sondern man habe einfach mal „aufgeschrieben, wie wir unsere Maßnahmen an den Verlauf der Corona-Pandemie anpassen“.

Gleichwohl konnten die Deputierten schwarz auf weiß nachlesen, dass vermehrte Tests von Personen ohne Symptome eine neue Qualität darstellen. Denn auf der Tagesordnung der Sitzung standen Anfragen der CDU- und FDP-Fraktion zum Stand der Corona-Bekämpfung und der Nachverfolgung von Infektionsketten aus dem Mai dieses Jahres. In den noch vor dem jetzigen Senatsbeschluss vom Gesundheitsressort übermittelten Antworten heißt es ausdrücklich: „In der Regel wird keine Kontaktperson zu einem bestätigten Fall ge-

testet, solange sie symptomfrei ist.“ Und in Bezug auf vermehrte Infektionsfälle im Krankenhaus Links der Weser werden „regelmäßig und flächendeckende“ Tests des Personals abgelehnt. Die Geno als städtischer Krankenhausbetrieb teste zwar umfangreich und ständig, heißt es weiter, jedoch immer nur dann, wenn es einen konkreten Anlass gibt, sprich: Wenn der Verdacht auf eine Infektion vorliegt.

Auf freiwilliger Basis

Mit der neuen Strategie wird diese Bedingung nun deutlich aufgeweicht: In den Kliniken im Land Bremen sollen nun bei stationären Aufnahmen sowie bei wechselnden Aufenthalten in Krankenhäusern und stationären Einrichtungen alle Patientinnen und Patienten getestet werden, unabhängig von Symptomen. Auch bei Aufnahmen und wechselnden Aufenthalten in Pflegeeinrichtungen erfolgen nun Testungen der aufgenommenen Bewohnerinnen und Bewohner. Bislang waren hier ohne Tests entsprechende Quarantänezeiten vorgesehen und alle Neuankommlinge wurden zunächst isoliert.

Noch weiter gehen Stichproben-Tests, die jetzt sowohl in Pflegeeinrichtungen als auch in Schulen und Kindergärten angeboten werden sollen. Dabei steht nicht der konkrete Schutz von Personal und Schutzbefohlenen im Vordergrund, sondern statistische Erhebungen zur Verbreitung des Virus. „Mit dem inzwischen gesunkenen Infektionsgeschehen können wir uns solche Tests erlauben“, sagte Bernhard.

Die Testkapazitäten in Bremen bezifferte sie auf nunmehr rund 1600 pro Tag, die derzeit aber nicht voll ausgeschöpft werden. Die genauen Rahmenbedingungen für die Stichproben würden derzeit mit dem Sozial- und Bildungsressort abgestimmt. Ähnliche Stichproben werden zudem in allen Bundesländern geplant, um ein genaueres Bild des Infektionsgeschehens zu erhalten. „Sicher ist nur, dass jeder Test selbstverständlich freiwillig erfolgt“, betonte Bernhard. Wer sich ohne Symptome nicht testen lassen wolle, könne nicht gezwungen werden.

Nachfragen aus der Gesundheitsdeputation gab es zum Umgang mit den Testergebnissen und der Statistik. So wünschte sich die CDU nach Stadtteilen aufgeschlüsselte Infektionszahlen für Bremen. „Die immer wieder vorgebrachten datenschutzrechtlichen Vorbehalte bei anonymisierten Zahlen kann ich nicht recht nachvollziehen“, sagte Wibke Winter (CDU). Das Problem seien vor allem dünn besiedelte Randbereiche, erläuterte Martin Götz, Leiter des Referats Infektionsschutz im Gesundheitsressort.

Er verwies in der Deputationssitzung aber noch auf einen anderen Aspekt. Die Behörde erfasste und analysierte die Daten allein zum Zweck der Bekämpfung der Pandemie. „Ob dabei stadtteilbezogene Auswertungen helfen, ist fraglich.“ Bernhard machte zugleich deutlich, dass diese Analyse intern vorliegt und es darin keine besonderen Auffälligkeiten gibt. „Die Infektionen sind ziemlich gleichmäßig übers Stadtgebiet verteilt.“

bekommen und wohl die Polizei informiert, die später zuschlug. „Mir war klar, dass es sich um einen groß angelegten Diebstahl handelt“, ließ er seinen Anwalt verlesen. „Aber es hat mich nicht interessiert, was mit den Zigarillos passiert.“ Er habe für seine Dienste insgesamt 6000 Euro gezahlt bekommen.

Der zweite Angeklagte war es, der den Kontakt zu dem Besitzer des Pferdehofes hatte. „Er schuldet mir Geld, das wollte ich mit der Miete von 1000 Euro verrechnen“, teilte sein Anwalt für den Mann mit. Dazu sei es allerdings nicht gekommen, ebenso wenig sei ein Geschäft, zehn der Zigarillo-Paletten, die der Anteil der Handlanger für die Beschaffung des Lagerraums gewesen waren, nach Brandenburg zu verkaufen, aufgegangen. „Wir hatten uns 60 000 Euro erhofft, aber es ist kein Geld geflossen.“ „Unter dem Strich hatten wir nichts von dem Geschäft“, ließ auch der dritte Mann, der ebenfalls an der Lagerbeschaffung beteiligt war, erklären. Die für Brandenburg bestimmte Hehlerware war von der Polizei sichergestellt worden. Beide Männer gaben ebenfalls zu, verbotenerweise Waffen besessen zu haben.

Die Urteilsverkündung ist für Donnerstag, 18. Juni, um 9 Uhr geplant.

Linie 1: Finanzierung steht

Bremen/Stuhr/Weyhe. Der Bremer Senat hat am Dienstag die Finanzierung für den Ausbau der Straßenbahnlinie 1 beschlossen. Damit kann die Linie auf bremischer Seite in den kommenden Jahren von der jetzigen Endhaltestelle am Roland-Center bis nach Mittelhuchting verlängert werden.

Für diesen Ausbau – wie auch für den Teilabschnitt der Linie 8 bis zur Landesgrenze – besteht seit dem 6. Dezember 2019 das Baurecht. Das Verkehrsressort hatte sich im letzten der noch anhängigen Klageverfahren mit den Betroffenen geeinigt. Somit steht dem Baubeginn auf Bremer Gebiet nichts mehr im Wege.

Die Strecke der Linie 1 soll im Jahr 2024 in Betrieb gehen, so der Plan. Aus bremischen Haushaltsmitteln werden etwa neun Millionen Euro bereitgestellt. Hinzu kommen 28 Millionen Euro sogenannter ÖPNV-Landesmittel des Bundes sowie voraussichtlich gut 50 Millionen Euro, die der Bund nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz beisteuert. Insgesamt beträgt das Investitionsvolumen im Stadtteil Huchting damit etwa 87 Millionen Euro.

Die Heinrich-Plett-Allee und Areale entlang der Trasse der Bremen-Thedinghauser-Eisenbahn in Huchting werden im Zuge des Straßenbahnausbaus für den Rad- und Fußverkehr neu gestaltet. Die Verlängerung der Linie 8 über Bremen hinaus nach Stuhr und Weyhe beschäftigt derzeit noch das Oberverwaltungsgericht Lüneburg. JR

ANZEIGE

So köstlich is(s)t die Region

WESER-KURIER SHOP

Pressehaus Bremen und regionale Zeitungshäuser
weser-kurier.de/shop
04 21 / 36 71 66 16
Zeitschriftenhandel

Auch als In-App-Kauf in der E-Paper-App erhältlich. Versandkosten 1,99 € (ab 30 € Bestellwert versandkostenfrei). Angebot solange der Vorrat reicht.

VERHÄNGTE BUSSGELDER

Bremen im Mittelfeld

Bremen. Die Stadt Bremen liegt beim Verhängen von Bußgeldern wegen Verstößen gegen die Corona-Verordnung im bundesweiten Städtevergleich im Mittelfeld. Das hat eine Umfrage des „Spiegel“ unter zwölf Großstädten ergeben. Demnach wurden in Bremen im April Bußgelder in Höhe von 112 425 Euro verhängt, die Summe verteilt sich auf 840 Bescheide. Nach Angaben des Nachrichtenmagazins wurden aufgrund der Höhe der Strafzahlungen überdurchschnittlich viele Anträge auf Ratenzahlung in der Hansestadt gestellt. Zudem seien viele Bescheide noch nicht rechtskräftig. Die meisten Bescheide, insgesamt 3885, habe Hamburg erlassen. Die höchsten Einnahmen erwarte Frankfurt mit 410 000 Euro. Anfang Juni hatte das Ordnungsamt Bremen bereits 1461 Bußgeldverfahren über insgesamt 193 000 Euro eingeleitet. siw

So erreichen Sie die Lokalredaktion

Ob persönlich, am Telefon oder wie auch immer: Wir freuen uns auf Sie.

Adresse: Martinistraße 43, 28195 Bremen
Telefon: 0421 - 36713690
Mail: lokales@weser-kurier.de
Website: www.weser-kurier.de

Immer auf dem Laufenden

Twitter: twitter.com/weserkurier
Facebook: facebook.com/weser.kurier
Instagram: instagram.com/weser.kurier
Youtube: youtube.com/WESER-KURIER



Bewährung gegen Geständnisse

Bei der Verhandlung um einen Zigarillo-Diebstahl zeichnet sich Verständigung ab – dritter Anlauf für den Prozess

VON NINA WILLBORN

Bremen. Erst stoppte der Ausbruch der Pandemie im März diesen Prozess, den nächsten Versuch vor gut einer Woche ein Krankheitsfall am Landgericht. Am Dienstag folgte der dritte Anlauf, im Fall des Zigarillo-Diebstahls in großem Stil aus dem Jahr 2014 voranzukommen – unter akustisch erschwerten Bedingungen, weil die Verhandlung in den Wallsaal, den die Bibliothek zur Verfügung gestellt hatte, verlegt wurde, aber immerhin mit Erfolg. Und es könnte nun schnell gehen, denn alle Beteiligten einigten sich darauf, den Prozess mit einer Verständigung zu beenden und damit abzukürzen.

Bewährung gegen Geständnisse der drei Angeklagten – das ist der Deal. Die drei 34, 39

und 40 Jahre alten Männer waren, wie sie ihre Anwälte verlesen ließen, beim Abtransport und Verkauf eines Teils der 157 500 Stangen Zigarillos der Marke „Pall Mall“ im Gesamtwert von 3,4 Millionen Euro beteiligt, die Ostern 2014 aus dem Lager der ehemaligen Tabakfirma Brinkmann entwendet worden waren. Beteiligt waren laut Staatsanwaltschaft damals auch Mitarbeiter einer Sicherheitsfirma: Sie sollen das Alarmsystem manipuliert haben. Der mutmaßliche Drahtzieher und Hauptverdächtige ist untergetaucht. Die Angeklagten waren lediglich Handlanger, für sie zieht die Kammer jeweils Bewährungsstrafen im Zeitraum von einem Jahr und zwei Monaten bis zwei Jahren in Betracht, abzüglich jeweils zweier Monate wegen der Prozessverzögerung.

Er habe sowohl beim Beladen der Transporter mit dem Diebesgut als auch bei der Suche nach geeigneten Lagerräumen für die Paletten mit den Zigarillos geholfen, räumte der 39-Jährige ein. Sie wurden zunächst auf einem Pferdehof bei Groß Ippener geparkt, später in einem Verschlag auf dem Gelände des Klinikums Bremen-Mitte. Der Besitzer des Pferdehofes hatte von dem krummen Geschäft nach Aussage des Mannes möglicherweise Wind



Millionen Zigarillos hatte eine Diebesbande im April 2014 aus einem Lageraum auf dem Gelände der Brinkmann-Tabakfabrik gestohlen.
FOTO: SEEGER/DPA